

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of Tunisia.

Eine schwere Geburt?

Im post-revolutionären Tunesien wächst die Anspannung im Hinblick auf die ersten freien und demokratischen Wahlen

ELISABETH BRAUNE

November 2011

- An der technischen Umsetzung der ersten freien und demokratischen Wahlen, die diesen Sonntag, am 23. Oktober in Tunesien stattfinden, gibt es die wenigsten Zweifel: die unabhängige Wahlkommission hat seit ihrer Einsetzung per Dekret Anfang April ganze Arbeit geleistet im Hinblick auf die umfassende Organisation und Information zu den zweifelsohne historischen Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die nach dem Sturz des Ben Ali Regime am 14. Januar eine neue Phase der politischen Transition einleiten werden.
- Großes Unbehagen bereitet vielen Tunesierinnen und Tunesiern jedoch die Unklarheit im Hinblick auf die möglichen Wahlergebnisse, die bei allen Prognosen und Spekulationen letztlich vollkommen offen sind. Während es als relativ wahrscheinlich gilt, dass die gemäßigte islamistische Partei Ennahda stärkste Fraktion werden wird, wird das Kräfteverhältnis der wahrscheinlich zweit- und drittstärksten Parteien, der liberalen PDP und der Sozialdemokratischen FDTL sowie der verschiedenen Nachfolge-Parteien der ehemaligen Staatspartei RCD und zahlreicher vermeintlich unabhängiger Kandidaten entscheidend sein für die weitere Dynamik der Verfassungsgebenden Versammlung als »Mutter aller Institutionen«.
- Da auch in institutioneller Hinsicht – zum Beispiel im Hinblick auf die konkrete Geschäftsordnung der Verfassungsgebenden Versammlung und ihre Interaktion mit der derzeitigen Übergangsregierung – viele Fragen derzeit noch unbeantwortet sind, ist auch offen, was die möglichen Wahlergebnisse letztlich für die Zukunft des Landes bedeuten. Angesichts jüngster Aktionen gewaltbereiter Islamisten deutet sich immer stärker eine gefährliche Polarisierung der politischen Landschaft um die Frage religiöser Identität an.

»Wir setzen die Träume vom 14. Januar in die Realität um. Wir wählen am 23. Oktober. Freie Bürger in einer rechtstaatlichen Gesellschaft« prangt in großen Lettern auf einem Wahlplakat, das einen kugelrunden Babybauch vor der tunesischen Fahne zeigt. Neun Monate nach dem Sturz des Ben Ali Regimes finden in Tunesien am 23. Oktober die ersten freien und demokratischen Wahlen statt. 11.686 Kandidatinnen und Kandidaten auf insgesamt 1.570 Listen stellen sich in 27 Wahlbezirken im Inland und 6 Wahlbezirken im Ausland zur Wahl. Die Wahlkreise variieren zwischen 4 Mandaten (Region Touzeur im Süden des Landes) und 10 Mandaten (Bezirk der Stadt Sousse), während die großen Städte Tunis, Sfax und Nabeul in jeweils zwei Wahlbezirke aufgeteilt wurden. Insgesamt stehen 217 Mandate zur Wahl, davon 18 im Ausland. So gibt es etwa in Frankreich 2 Wahlbezirke mit jeweils 5 Mandaten, 3 in Italien und immerhin ein Mandat für die in Deutschland lebenden Tunesierinnen und Tunesier.

Die Verfassungsgebende Versammlung: »Mutter« aller Institutionen

Gewählt wird eine Verfassungsgebende Versammlung, die grundlegende Entscheidungen zum zukünftigen politischen System Tunesiens treffen soll, unter anderem zu den Fragen der Aufgabenteilung zwischen Präsident und Parlament, der institutionellen Beschaffenheit und seiner demokratischen Kontrolle, Meinungsfreiheit und dem Schutz von Minderheiten und vielem mehr. Die Sitzverteilung erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht und unter Berücksichtigung des größten verbleibenden Rests: Pro Wahlbezirk wird ein Wählerquotient auf der Grundlage der stimmberechtigten Wähler errechnet, der erreicht werden muss, um ein Mandat zu erlangen. Wenn also in einem Wahlbezirk mit 8 Sitzen beispielsweise 160.000 stimmberechtigte Wählerinnen und Wähler sind, liegt der Wählerquotient hier bei 20.000 Stimmen pro Mandat. Hat eine Liste A also beispielsweise 64.000 Stimmen erlangt, entspricht das 3 mal 20.000 Stimmen und ihr stehen 3 Sitze zu bei einem Rest von 4.000 Stimmen. Eine zweite Liste B mit beispielsweise 46.000 Stimmen würde 2 mal 20.000 Stimmen damit 2 Mandate erhalten bei einem verbleibenden Rest von 6.000 Stimmen. Sind alle Mandate auf der Grundlage erlangter Stimmenanteile über 20.000 Stimmen verteilt und noch Mandate übrig, so bekommt diejenige Liste ein weiteres Mandat, die den größten verbleibenden Anteil an Reststimmen

hat, in diesem Beispiel also die Liste B mit 6.000 Reststimmen vor der Liste A mit 4.000 Reststimmen. Es ist aber ebenfalls denkbar, dass eine kleinere Liste F ein Mandat bekommt, selbst wenn sie insgesamt nur 6.500 Stimmen erhalten hat, damit aber in der zweiten Runde den größten Anteil an Reststimmen hat.

Das Wahlsystem: Breite Partizipation statt stabile Mehrheiten

Dieses Wahlsystem bevorzugt eine breite Streuung des politischen Spektrums und bevorzugt insofern kleinere Parteien und Listen. In ihrer institutionellen Identität ist die Verfassungsgebende Versammlung insofern auf eine breite Repräsentanz unterschiedlicher politischer Strömungen angelegt. Außerdem ist eine Gender-paritätische Besetzung der Listen nach dem »Zebrasystem« für alle Parteien verbindlich: Ist der erste Listenplatz mit einem Mann besetzt, muss der zweite Listenplatz an eine Frau gehen, der dritte wieder an einen Mann und so weiter. Was nach Bekanntgabe des Wahlgesetzes am 11. April als große Errungenschaft begrüßt wurde, erweist sich in der Praxis als immer noch zu kurz gegriffen: De facto sind nur 298 Frauen die Erstplatzierten einer Liste (von insgesamt 1.570), was in Verbindung mit einem auf breite Streuung angelegtem Wahlsystem letztlich dazu führen könnte, dass sehr viele Listen jeweils nur mit ihrem ersten (zumeist männlichen) Kandidaten ein Mandat erringen. Einige Frauenrechtlerinnen befürchten sogar, dass nur 5-10 Prozent an weiblichen Kandidaten in die Verfassungsgebende Versammlung einziehen werden, da sie zudem häufig in weniger aussichtsreichen Wahlbezirken antreten. Lediglich der *Pôle Démocratique Moderniste*, eine Plattform aus vier kleineren linken Formationen mit einem bürgerschaftlich-engagierten Hintergrund haben konsequent die Hälfte ihrer Listen mit einer Frau an der Spitze besetzt.

Seit dem Sturz des Ben Alis Regimes am 14. Januar hat sich eine Vielzahl von Parteien registrieren lassen und bis auf wenige Ausnahmen auch den Status einer Partei auf der Grundlage des derzeit gültigen Parteiengesetzes erhalten, das unter anderem eine Verpflichtung zur Respektierung der Menschenrechte und des Personenstandsrechts gemäß der Verfassung vorsieht. 50 der derzeit 116 in Tunesien zugelassenen Parteien treten mit rund 790 Listen landesweit an zu dieser ersten von wahrscheinlich vielen weiteren Wahlen in den kommen-

den Jahren auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Hinzu kommen mit 701 noch einmal fast genauso viele unabhängige Listen sowie 79 Wahlplattformen. Das Parteienspektrum ist sehr heterogen und insbesondere im Hinblick auf kleinere, regional verankerte Parteien nur zum Teil in ein herkömmliches Rechts-Mitte-Links-Schema übertragbar. Relevant im Hinblick auf die Positionierung einer Partei erscheinen viel eher die beiden Gretchenfragen: 1) Welche Position vertritt eine Liste zu der Frage nach dem Verhältnis von Staat und Religion und 2) welche Position vertritt sie im Hinblick auf das Verhältnis zum Ben Ali Regime und zur Aufarbeitung des begangenen Unrechts. Obwohl die Beseitigung der mit über 30 Prozent exorbitant hohen Jugendarbeitslosigkeit und Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation in der öffentlichen Wahrnehmung einen sehr großen Raum einnimmt, macht es den Anschein, dass die wirtschaftspolitischen Positionen der unterschiedlichen Parteien relativ wenig Bedeutung im Hinblick auf die Wahlentscheidung haben werden.

Gefährliche Polarisierung im Hinblick auf das Verhältnis von Staat und Religion

Als wahlentscheidend hingegen kristallisiert sich in den letzten Wochen zunehmend die Frage des Verhältnisses von Staat und Religion heraus, da sie von weiten Teilen der Bevölkerung als nicht mehr und nicht weniger als eine Frage der nationalen Identität wahrgenommen wird. Nachdem es bereits im Sommer im Zusammenhang mit der Ausstrahlung des französisch-tunesischen Films »Laïcité, Inch Allah« von Nadia El Fani zur Verwüstung des Kinosaal im Hotel Afrika durch radikale Islamisten gekommen, entwickelt sich die Frage nach der Rolle des Islam in der zukünftigen tunesischen Verfassung immer mehr zu einem Kulturkampf mit zusehends verhärteten Fronten. Während die eine Seite Existenzängste gegen die islamistische Bedrohung, ausbleibende Touristen und vollverschleierte kleine Mädchen schürt, entwirft die andere Seite einen »gottlosen« Staat der francophonen, korrupten Eliten, die zu sehr nach der Pfeife Europas tanzen und das muslimische kulturelle Erbe Tunesiens leichtfertig zur Disposition stellen.

Der erste Artikel der tunesischen Verfassung von 1959 lautet »Tunesien ist ein souveräner und unabhängiger Staat, seine Sprache ist Arabisch und seine Religion der Islam.« Tatsächlich hat die Religion eine dezente aber

konstante Rolle auch in der nationalen Identität gespielt, was auch erklärt, dass vielen Tunesiern, auch denen die sich politisch eher links verorten, die Referenz der muslimischen Komponente nicht gleichgültig ist, auch wenn diese möglicherweise eher als kulturelle denn in erster Linie religiöse Referenz verstanden wird. Der augenscheinlichen politischen und institutionellen Säkularisierung Tunesiens in den letzten Dekaden steht insofern ein nicht zu unterschätzender Kern an muslimischer Identität gegenüber, deren Bezugspunkt nun einmal die Religion ist. In dem Moment nun, in dem der Eindruck entsteht, dass eine Abkehr vom Islam zu Gunsten einer laizistischen Identität des Staates zur Diskussion steht, positionieren sich weite Teile der einfachen Bevölkerung, aber auch der wertkonservativen Eliten tendenziell gegen die »gottlosen« aufgeklärten Parteien. Diese ideologische Polarisierung in ein Lager der Laizisten und eines der Religiösen ist gefährlich und bildet die bisherige Realität so bislang definitiv nicht ab. Auch wenn Tunesien im Vergleich zu anderen arabischen Staaten eine sehr fortschrittliche Gesetzgebung zur Gleichstellung von Männern und Frauen hat, da Bourguiba mit dem *Code du Statut Personnel* von 1959 im Namen eines reformierten und liberalen Islam die weitgehende rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau inklusive dem Recht auf Scheidung und die Abschaffung der Polygamie durchgesetzt hat, ist Tunesien zu keinem Zeitpunkt ein laizistischer Staat gewesen wie etwa die Türkei unter Atatürk.

Tatsächlich ist eine radikal islamistische Minderheit der Salafisten, die jahrelang durch das Regime Ben Alis mundtot gemacht wurden, heute erstmals und wahrnehmbar im öffentlichen Raum aktiv. So drang eine Gruppe von gewaltbereiten Salafisten bis zum Direktor der Universität vor, nachdem einer verschleierte Studentin in Sousse die Immatrikulation verweigert worden war. Für erhebliche Unruhe sorgte jedoch vor allem die Ausstrahlung des preisgekrönten Zeichentrickfilms »Persepolis« der franco-iranischen Autorin Marjane Satrapi durch den privaten Sender Nessma TV am 7. Oktober. »Persepolis« erzählt die Kindheit der Autorin in Teheran, in der sie erst den Sturz des Schahs, später die Vereinahmung der iranischen Revolution durch die Islamisten erlebt. Gott, dessen bildliche Darstellung laut Koran verboten ist, erscheint im Film als ein alter bärtiger Mann, der aus den Wolken herab mit Marjane ins Gespräch kommt. Der Film war bereits früher im tunesischen Fernsehen gezeigt worden, wurde diesmal aber in einer Synchronisation im tunesischen Dialekt ausgestrahlt. Die

anschließenden heftigen Proteste von rund 300 Salafisten kulminierten in der Stürmung des Senders und Angriffen auf das private Haus des Geschäftsführers von Nessma TV, der sich daraufhin öffentlich entschuldigte. Seither schlagen die Wogen hoch: während die einen gegen Nessma Front machen und mit dem Verweis auf Diffamierung und Agitation zum Boycott des Senders aufrufen, weisen die andere jegliche Kritik an einem unverantwortlichen Umgang mit dem umstrittenen Film als Einschränkungen der Pressefreiheit zurück.

Nach dem Freitagsgebet am 15. Oktober war es erneut in der Innenstadt von Tunis zu Demonstrationen gegen die Ausstrahlung des Films gekommen. Die Polizei setzte Tränengas ein, als die rund 500 Demonstranten in die Nähe des Präsidentenpalastes gelangten und einige Steine gefallen waren. Insgesamt meldeten das Innenministerium jedoch, seien die Demonstrationen weitgehend friedlich verlaufen. Ennahda distanzierte sich von der Gewalt im Zusammenhang mit den Protesten gegen Persepolis, beschuldigte Nessma TV aber gleichermaßen der fahrlässigen Manipulation. Diese Vorkommnisse schüren Existenzängste, die nicht zu unterschätzen sind, und sich mit einer zunehmenden allgemeinen Anspannung im Hinblick auf die Wahlen artikulieren, die leicht umschlagen kann.

»Wacht auf und geht wählen!«

Fassungslosigkeit und schiere Panik ließ sich auch auf den Gesichtern der Bewohner des Vororts La Goulette ablesen, als sie ein gigantisches Plakat von Ben Ali auf den historischen Stadtmauern entdeckten. »Er ist zurück«, kreischt eine Frau, »ich falle um!« Auf dem Video, das derzeit zu den beliebtesten Links auf Facebook gehört, ist zu sehen, wie die Gruppe der Fassungslosen nach und nach größer wird und sich schließlich ein Herz fasst: »Reißt ihn runter!« hört man zunächst vereinzelt, dann immer häufiger, bis einige junge Männer das Riesenplakat tatsächlich herunter zerrren. »Wacht auf! Wenn man nicht wählen geht, kann die Diktatur zurückkommen!« Dieser zweifelsohne sehr nachdrückliche Wahlauf Ruf der Nicht-Regierungsorganisation Engagement Citoyen dürfte seine Wirkung kaum verfehlen.

Trotz massiver Informationskampagnen durch die Unabhängige Wahlkommission und zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen herrscht jedoch nach wie vor große Verwirrung darüber, was denn nun eigentlich gewählt

wird, nämlich eine Verfassungsgebende Versammlung und keine Regierung. Öffentliche Auftritte verschiedener Kandidaten, die sich bereits in der Logik eines zukünftigen Regierungschefs oder Oppositionsführers gebärden, tragen nicht gerade zur Klärung bei. Tatsächlich muss die Verfassungsgebende Versammlung nach ihrer Einberufung sich zunächst einmal auf eine Geschäftsordnung verständigen und festlegen, ob sie zukünftige Entscheidungen per einfacher Mehrheit oder zwei Drittel-Mehrheit treffen wird, mit Veto-Recht oder ohne, ob sie sich einzelne Bereiche der Verfassung vornimmt und abschließt oder erst die gesamte Verfassung überarbeitet, bevor das Gesamtwerk in Kraft tritt und vieles mehr. Insofern entbehren auch Spekulationen über mögliche Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen im Frühjahr bislang noch jeglicher Grundlage. Insgesamt soll es bereits jetzt neben den Reform-Vorschlägen der damit seit dem Regime-Wechsel befassten Kommissionen zahlreiche weitere Verfassungsreform-Projekte unterschiedlichster Akteure geben: So stellt die unabhängige Liste Doustourna ihre Vorschläge für eine grundlegend überarbeitete Verfassung Artikel für Artikel bereits jetzt auf ihrer Homepage zur Diskussion.

Die Verfassungsgebende Versammlung als institutionelles Neuland

Es spricht einiges dafür, dass die Verfassungsgebende Versammlung sich für die neue Übergangsregierung ein weiteres Mal auf ein Technokraten-Kabinett verständigen wird. Aber selbst die Frage, ob ein zukünftiger Regierungschef aus den Reihen der Versammlung stammen muss oder jemand Unabhängiges beauftragt werden kann oder sogar muss, ist noch nicht entschieden. Immerhin wurde Mitte September eine auf Initiative Yad Ben Achours, des Vorsitzenden der »Haute Instance« als provisorisches Quasi-Parlament, von verschiedenen Parteien der sogenannten historischen Opposition (im Gegensatz zu den zahlreichen seit Frühjahr vollkommen neu entstandenen Parteien) eine gemeinsame Erklärung zu weiteren Marschroute der Verfassungsgebenden Versammlung unterzeichnet. So sieht diese »Feuille de Route« vor, dass der derzeitige Übergangspräsident Béji Caid Essebsi die Verfassungsgebende Versammlung nach der Bekanntgabe der offiziellen Wahlergebnisse zu ihrer ersten Sitzung einberuft. Die Versammlung wählt dann aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und setzt eine Kommission ein, die eine Geschäftsordnung erarbeiten soll. Auf dieser Grundlage soll die Verfassungsgebende

Versammlung dann über die Zuständigkeiten und Machtverhältnisse der staatlichen Institutionen befinden und ihre demokratische Legitimierung sicherstellen. Die Übergangsregierung soll so lange im Amt bleiben, bis ein neuer Präsident gewählt ist und dieser einen Ministerpräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt hat.

Inbesondere aber verständigten sich die beteiligten Parteien darauf, ein Jahr als Dauer der Verfassungsgebenden Versammlung anzustreben. Über die Dauer des Mandats hatte es bis zu diesem Zeitpunkt erhebliche Diskussionen gegeben, u. a. im Zusammenhang mit einem möglichen Referendum über die Reformvorschläge. Letztlich handelt es sich dabei aber lediglich um eine gemeinsame Willensbekundung der involvierten Parteien, im Übrigen neben den beiden größten bürgerlichen Parteien PDP und FDTL auch von der islamistischen Ennahda. Die tatsächliche Geschäftsordnung der Verfassungsgebenden Versammlung liegt in einem institutionellen Neuland wie so vieles im post-revolutionären Übergang Tunesiens.

Äußerst heterogenes Parteien-Spektrum

Auch im Hinblick auf Meinungsumfragen herrscht in Tunesien derzeit ein unklarer rechtlicher Rahmen. Die zum Teil erheblich voneinander abweichenden Umfrageergebnisse der letzten Monate haben heftige Debatten über die Aussagefähigkeit und Neutralität dieser Umfragen ausgelöst und letztlich zu einem Verbot jeglicher Meinungsumfragen in der Zeit der offiziellen Wahlkampagnen vom 1. bis 21. Oktober geführt. Kurz vor diesem Bann veröffentlichte jedoch das *Observatoire Tunisien de la Transition Démocratique*, ein neugegründeter Zusammenschluss namhafter Sozialwissenschaftler am 30. September noch eine methodologisch fundierte Meinungsumfrage, die insofern einen wesentlichen, wenn nicht den einzigen einigermaßen verlässlichen Referenzpunkt darstellt.

Die gemäßigte islamistische Partei Ennahda (»Renaissance«) werden dabei mit 25 Prozent die meisten Wählerstimmen vorhergesagt, was in der Tendenz auch mit anderen Vorhersagen übereinstimmt, die Ennahda mit Stimmanteilen zwischen 20 und 30 Prozent verorten. Die Partei war unter Ben Ali verboten und wurde erst Anfang März 2011 legalisiert. Ihr Mitbegründer und Anführer Rached Ghannouchi kehrte bereits am 30. Januar nach Jahren des Exils in London nach Tunesien zurück und wurde von Hunderten von Anhängern am Flughafen begrüßt,

tritt aber selbst nicht als Kandidat an. Gerade weil die Anhänger der Ennahda unter Ben Ali so massiv kontrolliert wurden und überwiegend inhaftiert waren, werden sie von vielen als unverdorben durch das politische System und seine Eliten wahrgenommen. Dabei ist die Entscheidung für die »Partei, die Gott kennt« häufig weniger eine bewusste Entscheidung für ein wertkonservatives oder sogar islamistisches Gesellschaftsmodell als viel eher der Ausdruck großer Verunsicherung angesichts der neuen Unübersichtlichkeit, unvollständiger oder falscher Informationsbasis sowie dem tiefsitzenden Misstrauen gegenüber dem politischen System als solches und seiner unter Ben Ali inhärenten Korruption, im Vergleich zu dem Ennahda als unbefleckter Außenseiter wahrgenommen wird.

Tatsächlich ist Ennahda die einzige Gruppierung, die nach dem Regimewechsel mehr oder weniger aus dem Stand mit geschätzten eine Million Beiträge zahlenden Mitgliedern über eine regional relevante interne Struktur verfügen konnte und zudem augenscheinlich massive finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhält, was ihre extreme Bekanntheit erklärt, obwohl sie in der Revolution selbst vollkommen marginalisiert waren. Wie alle anderen Parteien musste auch Ennahda ihre Listen zu gleichen Teilen mit Männern und Frauen im Wechsel besetzen, und verfügt darüber hinaus auch in relevanten Wahlkreisen über weibliche Spitzenkandidatinnen, verschleiert oder unverschleiert. Sie nennt Erdogans AKP ihr politisches Leitbild und gibt sich wertkonservativ aber gemäßigt, wobei Kritiker diesem Diskurs nicht trauen und vor einer Radikalisierung der Partei nach den Wahlen aus den eigenen Reihen heraus warnen. Äußerst problematisch sind auch zahlreiche Hinweise auf finanzielle Zuwendungen an potentielle Wähler.

Die populistisch-liberale *Partei Parti Démocratique Progressiste* (PDP) wird mit geschätzten 16 Prozent aller Voraussicht nach zweitstärkste Kraft bei den Wahlen werden. Vor allem ihr Parteigründer Ahmed Néji Chebbi und ihre Generalsekretärin Maya Jribi sind extrem bekannt, nicht zuletzt aufgrund einer massiven und sehr kostspieligen Kampagne, mit der sie sich zuletzt auch über die Auflagen der Unabhängigen Wahlkommission hinweggesetzt haben. Obgleich die PDP bereit 2005 einmal zusammen mit der Ennahda sowie dem kommunistischen PCOT eine Oppositionsplattform gegen die Staatspartei RCD gebildet hatte, in Rahmen derer Ennahda sich durchaus auch auf gemeinsame Positionen zur Trennung von Staat und Religion, der Gleichberechtigung von Männern und

Frauen sowie einer Verurteilung von Körperstrafen verpflichtet hatte, macht die PDP nunmehr Front gegen die Ennahda und schließt eine Kooperation, ja sogar jeglichen Dialog grundlegend aus. Während sie sich zunächst als klare Alternative zur Ennahda präsentierten und deutlich auf Distanz zu anderen Gruppierungen gingen, hat Chebbi in der letzten Woche mit drei anderen Parteien des Zentrums eine bürgerliche Koalition als Gegengewicht zu Ennahda vereinbart und weitere Parteien dazu eingeladen. Im Hinblick auf die Integration ehemaliger RCDisten ist die Position der PDP jedoch butterweich: es ist kein Geheimnis, dass sich in ihren Reihen ehemalige Regimenahe Vertreter insbesondere aus der Wirtschaft befinden und sie damit auch kein weiteres Problem haben.

Mustapha Ben Jafaar: sozialdemokratisch und konsensfähig

Demgegenüber präsentiert sich Mustapha Ben Jafaar, der Vorsitzende des sozialdemokratischen *Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés* (FDTL), das mit 14 Prozent in der letzten Meinungsumfrage auf dem dritten Platz nur knapp hinter der PDP von Maya Jribi rangiert, als gesprächsoffen in alle Richtungen, auch gegenüber Ennahda, was ihm viel Kritik eingebracht hat. Dagegen ist für ihn ein klarer Bruch mit dem RCD nicht verhandelbar, genau wie die Umfassende Aufklärung des unter Ben Ali begangenen Unrechts. Das »Forum« bzw. »Etakatol«, wie die Partei sich nunmehr auf Arabisch nennt, wurde 2002 als Partei zugelassen und hat einen Beobachter-Status in der Sozialistischen Internationale. Der renommierte Arzt und Oppositionelle Dr. Mustapha Ben Jafaar wird von vielen als möglicher neuer Übergangspräsident oder als Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung gehandelt, gerade weil er als integer und von Grund auf konsensorientiert gilt.

Unter Ben Ali hatte sich die FDTL mit dem linken *Mouvement Ettajdid* zur Plattform *Alliance de la Citoyenneté et de l'Égalité* zusammengeschlossen, einem Bündnis, dem noch andere weiter links stehende Gruppierungen und unabhängige Persönlichkeiten angehörten. Die ehemals kommunistisch geprägte, in jedem Fall aber laizistisch geprägte Bewegung bildet jetzt gemeinsam mit drei anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen aus dem bürgerrechtlichen Kontext den *Pôle Démocratique Moderne*, dem rund 2 Prozent der Stimmen vorausgesagt werden. Einige Aufmerksamkeit erregen außerdem auch

der *Parti du Congrès pour la République* des vor allem in der Diaspora sehr bekannten exilierten Menschenrechtlers Moncef Marzouki sowie die *Union Patriotique Libéral* des augenscheinlich sehr reichen tunesischen Geschäftsmanns Slim Riahi, dessen Reichtümer von seinen Geschäften im Libyen Gaddhafis herrühren.

Die *Partis Destouriens* und die sogenannten Unabhängigen

Eine große Überraschung der Wahl könnten jedoch auch die mindestens vier Parteien aus dem Kreis ehemaliger eher reformorientierter RCD-Politiker werden, wie die Partei *L'initiative* des früheren Außenministers Kamel Morjane und die Partei *Al Watan* des früheren Innenministers Ahmed Friâ, auch wenn diese selbst – wie alle RCD-Mitglieder, die unter Ben Ali hohe Ämter bekleideten – per Gerichtsbeschluss nicht kandidieren dürfen. Die frühere Regierungspartei *Rassemblement Constitutionnel Démocratique* (RCD) wurde bereits Anfang März aufgelöst, Immobilien und Inventar der Parteibüros im ganzen Land wurden beschlagnahmt. Zwar werden den einzelnen Parteien nicht mehr als 3 Prozent vorhergesagt, was sich auch mit ihrem eher zurückhaltend-unscheinbarem Auftreten deckt, aber daraus können leicht auch mehr Prozente werden mit einem Gesamtgewicht von deutlich über 10 Prozent, was dann schon in derselben Größenordnung wäre wie PDP und FDTL.

Die ganz große Unbekannte der Wahlen sind jedoch die vielen sogenannten unabhängigen Kandidaten, die fast die Hälfte der Listen ausmachen und breites Spektrum politischer Verortungen von bürgerrechtlich engagiert über unabhängig-liberal bis hin zu islamistisch abdecken, wobei sich in vielen Fällen die Frage nach ihrer wirklichen Unabhängigkeit stellt. Auch wenn den meisten unabhängigen Kandidaten wenige Chancen eingeräumt werden, bleibt offen, wer im Einzelfall ein Mandat erringen kann und dann mit welchen anderen vertretenen Listen gemeinsame Sache machen wird.

Die Organisation der Wahlen: transparent und professionell

So unklar die Ergebnisse der Wahlen und ihre Bedeutung für den weiteren Prozess der demokratischen Transition Tunesiens am nächsten Sonntag erscheinen, so gering

erscheinen die Zweifel über den ordnungsgemäßen und professionellen Ablauf der ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes: Die im April einberufenen unabhängige Wahlkommission ISIE unter der Leitung des ehemaligen exilierten Menschenrechtlers Kamel Jendoubi hat wirklich ganze Arbeit geleistet in der Vorbereitung und Sensibilisierung für die Wahlen, begonnen mit einer umfangreichen Aufforderungskampagne zur Registrierung, deren rote kreisrunde Aufkleber »Ich habe mich registriert« von tausenden von Autoscheiben leuchten. Auf der Homepage der ISIE sind auch alle Informationen zu den bevorstehenden Wahlen abrufbar, sowie die Voraussetzungen und Abläufe zur Registrierung als Wahlbeobachter, Journalist oder auch Kandidaten, so dass wirklich hohe Transparenz herrscht. Für den Tag der Wahlen ist dort eine interaktive Karte angelegt, in der beobachtete Unregelmäßigkeiten per Hotline oder sms eingetragen werden und direkt im Internet abrufbar sind. Bis zuletzt erfolgte eine sms-Kampagne, um sicherzustellen, dass jeder Wahlberechtigte auch weiß, wo sein Wahlbüro liegt. Auf die über 7.000 Wahlstationen kommen mindestens die rund 7.472 akkreditierten Wahlbeobachter, davon 400 Ausländer von insgesamt 7 internationalen Organisationen inklusive der EU und rund 2550 von einheimischen NGOS.

Unmut im Zusammenhang mit der Arbeit der Unabhängigen Wahlkommission gab es lediglich im Hinblick auf die sehr restriktiven Regelungen für die offizielle Wahlkampagne in der Zeit vom 1. bis 21. Oktober. So dürfen Kandidatinnen und Kandidaten in diesem Zeitfenster nur mehr die offiziell eingeräumten und zugelassenen Slots in Radio und Fernsehen, die DIN A4-großen Freiflächen auf städtischen Anschlagstafeln oder aber das direkte Gespräch nutzen für ihre Wahlwerbung, so dass großflächige Plakate und aufwendige Werbespots fast vollständig verschwunden sind. Besonders kritisiert wurde die Regelung, wonach KandidatInnen in dieser heißen Phase des Wahlkampfes keinerlei Kontakt zu ausländischen Medien haben dürfen. Was wie eine seltsame Stilblüte anmutet ist Ausfluss des tief verankerten Willens, es ganz besonders gut zu machen, da sich die Regelung insbesondere gegen den Wettbewerbsvorteil der Ennahda wendet, deren Kandidaten besonders häufig in Fernsehdebatten des arabischen Senders Al-Jazeera anzutreffen waren. In die gleiche Richtung zielen strenge Auflagen zur Finanzierung der Wahlkampagne, die ausschließlich aus staatlichen Mitteln oder Eigenkapital, nicht jedoch aus ausländischen Finanzquellen stammen dürfen. Die unabhängige Wahlkommission ISIE hat sich

bei Verstoß gegen die Regeln eine Disqualifizierung und erneute Stimmauszählung in den entsprechenden Wahlbezirken vorbehalten. Angesichts weitverbreiteter Hinweise auf Stimmenkauf ist die Handhabe der ISIE jedoch begrenzt, zumal wenn Spenden und Vergünstigungen sich »im Namen der Religion« sich mit ohnehin üblichen Wohltätigkeiten im Vorfeld des Opferfestes überlagern.

Ende einer Institution und institutioneller Neubeginn

Mit einem Festakt zur Beendigung der Arbeit der »Haute Instance pour la réalisation des objectifs de la révolution, de la réforme politique et de la transition démocratique« ging am 13. Oktober, 10 Tage vor der Wahl, ein Abschnitt der politischen Transition zu Ende und macht den Weg frei für eine neue Phase auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft: Die Übergangsregierung hatte Ende Januar drei Kommissionen eingesetzt, um die Gewaltakte während der sogenannten Ereignisse und die Korruption des Regimes Ben Ali aufzuklären sowie um politische Reformen einzuleiten. Aus dem Zusammenschluss der dritten, sogenannten »Politische Kommission« unter Leitung des Juristen Yad Ben Achur war Mitte März auf den andauernden Protest auf den Straßen hin zusammen mit dem von Seiten der revolutionären Kräfte einberufenen »Conseil de défense de la révolution« die Haute Instance entstanden als Zusammenschluss staatlicher Strukturen mit der »Macht der Straße«. In ihr waren insgesamt 155 Mitglieder vertreten, darunter Parteien, verschiedene zivil-gesellschaftliche Gruppierungen, Gewerkschaften sowie Vertreter der tunesischen Regionen.

Insofern genoss die »Haute Instance« unter der Leitung Ben Achours tatsächlich bis zuletzt sehr hohe Anerkennung in der Bevölkerung, die sich von ihr tatsächlich repräsentiert fühlte. So war sie es auch, die in ihrer Aufgabe als Quasi-Parlament der Übergangsregierung u. a. die Einrichtung einer Unabhängigen Wahlkommission vorgeschlagen hatte, die der Premierminister Béji Caid Essebsi dann per Dekret einberief. Insofern gibt es eben doch in Tunesien nun bereits ein gutes halbes Jahr konkrete und sehr erfolgreiche Erfahrungen mit institutionellem Neuland und komplizierter Konsensbildung. Es bleibt zu hoffen, dass sich bei allen tatsächlich existenten Herausforderungen der in Tunesien tief verankerte Glauben an einen breiten gesellschaftlichen Konsens als der einzig gangbare Weg auch nach dem 23. Oktober durchsetzen wird.



Über die Autorin

Elisabeth Braune ist Leiterin der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Hajo Lanz | Leiter | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7426 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
Simone.Doebbelin@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-996-2